

An das BUNDESMINISTERIUM FÜR KLIMASCHUTZ, UMWELT, ENERGIE, MOBILITÄT,  
INNOVATION UND TECHNOLOGIE (BMK)  
Radetzkystraße 2  
1030 Wien

Per E-Mail an: [nekp@bmk.gv.at](mailto:nekp@bmk.gv.at)

Wien, am 30.8.2023

**Betreff: Stellungnahme zum Entwurf des Integrierten Nationalen Energie- und Klimaplan für Österreich – Periode 2021-2030**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Schreiben nehmen ÖKOBÜRO – Allianz der Umweltbewegung und Justice & Environment Stellung zum Entwurf des Integrierten Nationalen Energie- und Klimaplan für Österreich für die Periode 2021-2030 (in Folge: NEKP).

ÖKOBÜRO ist die Allianz der Umweltbewegung. Dazu gehören 21 österreichische Umwelt-, Natur- und Tierschutz-Organisationen wie GLOBAL 2000, Naturschutzbund, VCÖ – Mobilität mit Zukunft, VIER PFOTEN, BirdLife oder der WWF. ÖKOBÜRO arbeitet auf politischer und juristischer Ebene für die Interessen der Umweltbewegung.

ÖKOBÜRO – Allianz der Umweltbewegung, sowie Justice & Environment (in Folge J&E), weisen darauf hin, dass die EU-Klimaziele mit dem derzeitigen Entwurf des NEKP um rund **16 Millionen Tonnen an Treibhausgasen** deutlich verfehlt werden. Auf Basis der Berechnungen des Finanzministeriums und des Rechnungshofes würde das **mehrere Milliarden Euro** für Zertifikate aus dem Ausland kosten. Es ist daher dringend notwendig, dass die bereits geplanten Gesetze rasch beschlossen werden, insbesondere ein ambitioniertes und inhaltlich verbindliches Klimaschutzgesetz. Darüber hinaus ist es aber auch notwendig, zusätzliche Maßnahmen zur Lückenschließung zu setzen.

Im Zuge der Konsultation sollten alle Eingaben sowie deren wissenschaftliche Bewertung veröffentlicht werden. ÖKOBÜRO und J&E regen insbesondere folgende ergänzende Maßnahmen für den Nationalen Energie- und Klimaplan (NEKP) an:

**1. Klimaschutzgesetz als Rahmen nutzen**

Österreich hat seit beinahe 1.000 Tagen kein aktives Klimaschutzgesetz. Als zentraler Bestandteil einer koordinierten Klimaschutzpolitik muss die Bundesregierung umgehend ein starkes, verbindliches und mit konkreten Zielen ausgestattetes Klimaschutzgesetz vorlegen, das die nötigen Anstrengungen der Sektoren, Bund und Länder koordiniert.

## 2. Umweltschädliche Subventionen abbauen

Österreich muss „negative Anreizmaßnahmen“ wie etwa das „*Dieselprivileg*“ möglichst rasch abstellen. Konkret sollten die vom Finanzministerium identifizierten umweltschädlichen Staatsausgaben binnen zwei Jahren entweder gestrichen oder klimagerecht reformiert werden.<sup>1</sup> Die im Bericht erwähnten Datenlücken sind umgehend zu schließen.

## 3. Klima- und Naturschutz zusammendenken, Böden schützen

Eine gesunde Natur ist notwendig, um die Klimakrise zu bekämpfen. Daher braucht es für eine erfolgreiche Klimapolitik auch konkrete Maßnahmen für den Natur- und Bodenschutz. Insbesondere Moore speichern mehr Kohlendioxid als alle Wälder auf der Erde. Daher müssen Moore, Feuchtgebiete und Feuchtwiesen besonders geschützt werden. ÖKOBÜRO und J&E empfehlen die rasche Umsetzung eines bundesweiten Wiederherstellungskonzepts für Moore und andere Feuchtgebiete und Feuchtwiesen an.

Außerdem sollte wie vom *WWF Österreich* empfohlen auch die Waldnutzung reduziert und deren CO<sub>2</sub>-Speicherleistung dadurch erhöht werden. Mindestens zehn Prozent der Wälder (hauptsächlich Laub-Mischwälder) sollten außer Nutzung gestellt werden oder zumindest für die nächsten 50 Jahre dem Ziel des Vorratsaufbaus gewidmet werden.

## 4. Mobilitätswende sicherstellen

Österreich muss den öffentlichen Verkehr in der Stadt und am Land ausbauen und Maßnahmen setzen, um Mobilität auf Basis fossiler Brennstoffe drastisch zu reduzieren sowie multimodale Mobilität voranzubringen. Es braucht eine ganzheitliche Planung des öffentlichen Verkehrs und eine Priorisierung der Geh- und Radinfrastruktur als Rückgrat der nachhaltigen Mobilitäten in Stadt und Land. Hinsichtlich der konkreten Maßnahmen ist auf die Vorschläge des [VCÖ in ihrer Stellungnahme zum NEKP](#) zu verweisen.

## 4. Energiewende naturverträglich gestalten

Das Erneuerbare-Wärme-Gesetz (EWG) ist ein wichtiger Schritt für Österreich auf dem Weg zur Klimaneutralität. Es soll den Anteil erneuerbarer Energien an der Wärmeversorgung von derzeit 15 % auf 65 % bis 2030 erhöhen. Dies ist notwendig, um die Klimaziele zu erreichen und die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu verringern. Eine schnelle Umsetzung und ausreichende Finanzierung des EWG ist daher unerlässlich. Ebenso ist die Nachschärfung des Energieeffizienzgesetzes rasch voran zu treiben mit dem Ziel, dass bis zum Jahr 2030 maximal

---

<sup>1</sup> [https://www.bmf.gv.at/en/topics/Climate-policy/green\\_budgeting\\_en/spending\\_review\\_en.html](https://www.bmf.gv.at/en/topics/Climate-policy/green_budgeting_en/spending_review_en.html)

785 Petajoule gesetzlich verankert werden. Nur durch eine derartige Verbrauchsreduktion von rund 30 % ist das Erreichen der Klimaziele möglich.

Neben der Reduktion von Energieverbrauch und höherer Effizienz ist auch der naturverträgliche Ausbau von erneuerbaren Energien zentraler Bestandteil des Kampfes gegen die Klimakrise und des NEKP. ÖKOBÜRO und J&E weisen darauf hin, dass der Ausbau im Einklang mit dem Erhalt wichtiger Ökosysteme zu erfolgen hat und die (betroffene) Öffentlichkeit eingebunden werden sollte. In der Studie zu Erfolgsfaktoren von Umweltverfahren, die ÖKOBÜRO im Auftrag des BMK mit Unterstützung der Universität für Bodenkultur durchgeführt hat, wurden als Erfolgsfaktoren für zügige und positive Genehmigungsverfahren die frühzeitige Einbindung der Öffentlichkeit, die Nutzung verbindlicher Energieraumplanung und die gute Ressourcenausstattung von Behörden identifiziert.<sup>2</sup> Als gefährlich erweisen sich hingegen Instrumente zur Umgehung ordentlicher Genehmigungsverfahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit oder sogar der individuellen Planung, bzw. einseitige Bevorzugung von Ausbaumaßnahmen zulasten von Biodiversität und Ökosystemen. Nur eine intakte Natur kann als CO<sub>2</sub>-Senke als Verbündete im Kampf gegen die Klimakrise dienen, zerstörte Ökosysteme sind als Treibhausgasemittenten kontraproduktiv.

ÖKOBÜRO – Allianz der Umweltbewegung und J&E stellen zusammenfassend fest, dass mit den im NEKP-Entwurf geplanten Maßnahmen die EU-Klimaziele deutlich verfehlt werden. Das Nachhaltigkeitsziel (SDG) 13 der Vereinten Nationen, zu dem sich auch Österreich bekennt, fordert unter anderem ausdrücklich, *Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbeziehen*. Im gegenwärtigen Stadium des NEKP sind noch mehr Anstrengungen erforderlich, um dem gerecht zu werden. **ÖKOBÜRO und J&E fordern daher, zusätzliche Klima- und Naturschutz-Maßnahmen zu setzen, um die bestehenden Lücken von rund 16 Millionen Tonnen an Treibhausgasen zu schließen. Der NEKP sollte zudem klare Verantwortlichkeiten festlegen sowie einen Finanzierungsplan enthalten.**

Mit freundlichen Grüßen



---

Mag. Thomas Alge  
Geschäftsführer ÖKOBÜRO – Allianz der Umweltbewegung

---

<sup>2</sup> [https://oekobuero.at/files/954/ob\\_studie\\_nutzen\\_von\\_umweltverfahren\\_20\\_mai\\_2023.pdf](https://oekobuero.at/files/954/ob_studie_nutzen_von_umweltverfahren_20_mai_2023.pdf)